

Ziel der deutschen Europapolitik in den vergangenen Jahrzehnten war es, den Integrationsprozess in Europa unumkehrbar zu machen. Der Traum von Frieden, Wohlstand und Stabilität auf dem europäischen Kontinent sollte so Wirklichkeit werden. In diesem Prozess waren die deutsch-französischen Beziehungen der Motor der Entwicklung: von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer über Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt bis François Mitterrand beziehungsweise später Jacques Chirac und Helmut Kohl. Die erfolgreiche Einführung des Euro ist ohne das deutsch-französische Tandem nicht denkbar. Der Euro als gemeinsames Ziehkind der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Europa ist nicht nur weit davon entfernt, eine „kränkelnde Frühgeburt“ zu sein, wie der heutige Bundeskanzler einmal äußerte, er ist das Ergebnis einer einzigartigen Integrationsleistung. Er bringt uns der Erfüllung des europäischen Traumes ein großes Stück näher, denn mit seiner Einführung ergeben sich neue Chancen, die wir durch die Ost-Erweiterung und einen Reform- und Erneuerungsprozess innerhalb der EU konsequent optimieren und nutzen können.

Konsequente Optimierung

Auf dem Weg gibt es einige grundsätzliche Punkte zu beachten:

Erstens: Die Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland war wegweisend für die bisherige Integrations-

leistung in Europa. Wir tun gut daran, sie nicht mutwillig auf die Probe zu stellen, sondern uns wieder auf ihre Bedeutung für Europa zu besinnen. Sie kann auch eine stabile Plattform für die Ost-Erweiterung sein, wobei wir darauf achten müssen, dass – wie in der Vergangenheit – die Interessen unserer anderen Partner, allen voran diejenigen Großbritanniens, nicht aus den Augen verloren werden.

Zweitens: Wir werden auf die Integrationskraft und das wirtschaftliche Potenzial des Euro als Katalysator für den weiteren Integrationsprozess bauen müssen. Dazu gehört, dass nicht nur auf europäischer, sondern auch auf nationaler Ebene – vor allem durch die jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik – wachstumsstärkende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine Politik wie in Deutschland, die den einstigen Wachstumsmotor in Europa zu dessen Wachstumsbremse macht, verspielt die Chancen, die in der Wirtschafts- und Währungsunion, gerade auch für den weiteren Integrationsprozess bestehen. Diskussionen etwa um die Einhaltung des Drei-Prozent-Kriteriums oder um den Airbus A 400 M in Deutschland unterstreicht eines: Europäische Integration und Euro haben Innen- und Außenpolitik in Europa eng verzahnt. Die europäische Verantwortungsgemeinschaft, in die Deutschland gestellt ist, bewirkt eben, dass nationales politisches Handeln oder auch dessen Unterlassen längst nicht mehr Deutschland allein, sondern zugleich unsere europäischen

Nachbarn trifft. Wenn Europa internationale Aufgaben der Friedenssicherung wahrnehmen soll, dann muss auch in Deutschland die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass der deutsche Beitrag zur Anschaffung der entsprechenden militärischen Ausrüstung (wie etwa beim oben erwähnten Transportflugzeug) geleistet wird, weil sonst nicht nur das Vertrauen in die deutsche Zuverlässigkeit schwindet, sondern eine politische Grundentscheidung auf europäischer Ebene durch nationales Versagen in Gefahr gerät.

Nach Osten blicken

Drittens: „Auch nach Osten müssen wir blicken, wenn wir an Europa denken“ – diese Aussage Konrad Adenauers ist 35 Jahre alt und dennoch aktueller denn je. Ganz im Sinne Adenauers stehen wir heute vor einer gewaltigen politischen und historischen Herausforderung: der Ausdehnung der EU als erfolgreichen Friedens- und Wohlstandsmodells auf die Staaten Mitteleuropas. Historisch und kulturell gehört Mitteleuropa zu Europa, zur europäischen Wertegemeinschaft. Die politisch-historische Verantwortung und die kulturelle Zugehörigkeit, aber auch die überragende friedensbewahrende und stabilisierende Wirkung der europäischen Integration machen deutlich: Die Osterweiterung ist eine Chance und Herausforderung gleichermaßen. Die Herausforderung ist jedoch kurz- oder mittelfristiger Natur, vor allem jedoch technischer Art. Die Chance zu einem friedlichen, demokratischen, wohlhabenden, geeinten Europa aber ist langfristiger Natur.

Klare Verantwortlichkeiten

Viertens: Der Erfolg einer Ost-Erweiterung der EU hängt dabei maßgeblich von ihrer Erneuerung ab. Das Erscheinungsbild der EU als regelungswütige, undurchsichtige Bürokratie, die ihre Institu-

tionen, vor allem aber ihre Bürger überfordert, muss sich ändern. Menschen akzeptieren nun einmal eher Entscheidungen, die sie nachvollziehen können. Das heutige Europa, erst recht ein erweitertes Europa, braucht klare Verantwortlichkeiten, um eben für die Bürger erfahrbar und greifbar – und damit akzeptabel – zu bleiben. Die Voraussetzungen hierfür muss der Konvent zur Zukunft Europas, der seine Arbeit im Februar dieses Jahres aufgenommen hat, schaffen. Einer der bedeutendsten Aspekte in der Zukunftsdebatte ist eine klar umrissene europäische Kompetenzordnung.

Es kann nicht Aufgabe der EU sein, unter Ausschaltung der Mitgliedstaaten und der Regionen möglichst viele Lebensbereiche allumfassend zu regeln. Nur die Bereiche fallen in die Kompetenz der Europäischen Union, die zwingend einer Lösung auf europäischer Ebene bedürfen.

Als US-Außenminister Henry Kissinger 1973 die Frage nach „der Telefonnummer der europäischen Außenpolitik“ stellte, schwiegen die Europäer betreten. Im Zeitalter der Globalisierung und neuer Bedrohungen für die Sicherheit braucht Europa Handlungsfähigkeit nach außen und nach innen. Zu den Politikbereichen, in denen die Handlungsfähigkeit Europas verbessert werden muss, zählen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Aber auch beim grenzüberschreitenden Umweltschutz, bei der Sicherung des Binnenmarktes und der Stabilität des Euro brauchen wir ohne Zweifel europäische Lösungen.

Wir müssen alles daransetzen, dass der schwerfällige Tanker Europa flexibler wird. Ein schlanker Föderalismus, der auch nicht davor zurückscheut, Aufgaben auf die Mitgliedstaaten zurückzuverlagern und die überbordende Bürokratie

der EU zu entrümpeln, sollte für das Europa der Zukunft konstitutiv sein. In Deutschland kann mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit die Verfassung geändert werden, in Europa sind einmal geschaffene Strukturen nur noch im Konsens zu ändern.

Kann das auf Dauer richtig sein? Eine zunehmende Erstarrung der Strukturen ist die Folge. Um sie zu durchbrechen, muss das Mehrheitsprinzip mit gewichteten Stimmen in den europäischen Gremien Einzug halten. Auch die Erhöhung der demokratischen Legitimation von Entscheidungen der EU zählt zu den zentralen Aufgaben, die vom Konvent gemeistert werden müssen.

Fünftens: Dort, wo die Kompetenzen bei der EU liegen, muss durch eine klare Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament das bestehende Demokratiedefizit abgebaut werden. Denn das Demokratiedefizit führt langfristig auch zu einem Defizit an Glaubwürdigkeit bei den Bürgern der EU. Erhöhung der demokratischen Legitimation von EU-Entscheidungen heißt allerdings auch, dass der derzeitige Schlüssel für die Entsendung von Abgeordneten aus den Mitgliedstaaten in das Europäische Parlament nicht sakrosankt sein darf. Es sollte zumindest im Grundsatz proportional zur Bevölkerungszahl der Mitgliedstaaten zusammengesetzt sein.

Sechstens: Das Europäische Parlament hat in allen Fällen, in denen der Europäische Rat mit Mehrheit entscheidet, das Recht auf Mitentscheidung zu erhalten. Dem Parlament gegenüber muss eine europäische Exekutive verantwortlich sein, die Leitungs- und Verwaltungsfunktionen, die heute zum Teil im Rat und zum Teil in der Kommission angesiedelt sind, bündelt. Dies bedeutet vor allem, dass die Kommission eine Abbildung der politischen Mehrheitsverhältnisse im Parlament darstellen und den Kommissaren eine umfassende Verant-

wortlichkeit gegenüber dem Parlament zukommen muss.

Europa der Bürger

Siebtens: Europa bleibt auf lange Sicht ein Europa der Nationalstaaten, in dem die Regionen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die Nationalstaaten sind auch in absehbarer Zukunft noch diejenigen, die über die Verteilung von Aufgaben zwischen den Mitgliedstaaten und der europäischen Ebene entscheiden. Denn die Mitgliedstaaten bilden nicht nur den Rahmen für europäisches Handeln, sie begründen es. Dies bedeutet aber nicht, dass Europa dadurch gestärkt würde, dass die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten beispielsweise durch die Wahl eines „EU-Präsidenten“ im Rat an Einfluss gewinnen sollten. Das Ziel einer handlungsfähigeren, demokratisch legitimierten Europäischen Union erreichen wir nur durch Stärkung ihrer Institutionen, nicht aber durch größeren Einfluss der nationalen Regierungen. Die Festlegung der politischen Struktur der EU ist eine Aufgabe, die in der Verantwortung der mitgliedstaatlichen Regierungen und ihrer Parlamente liegt. Wir wollen ein Europa der Bürger und kein Europa der Regierungen. Denn Europa braucht Vielfalt, Wettbewerb und Eigenverantwortung.

Kein „goldener Zügel“

Achtens: Im Jahr 2006 steht die Neuordnung der gesamten europäischen Regionalpolitik an. Das Ziel der EU-Regionalpolitik ist die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes der Gemeinschaft durch eine Förderung strukturschwacher Gebiete. Dies soll auch in Zukunft so bleiben. Die Dichte der programmatischen Vorgaben aus Brüssel muss allerdings reduziert werden. Die Regionalpolitik darf kein „goldener Zügel“ zur Entmündigung der regionalen Ebene sein. Die Europäische Kommission soll sich in der Regionalpolitik auf die Be-

reitestellung der Mittel konzentrieren. Die Feststellung des strukturpolitischen Stellenwertes einer Maßnahme darf nicht in der Kompetenz der EU-Kommission, sondern muss entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip in der Verantwortung der Regionen liegen. Die natürliche Knappheit der Mittel und die daraus folgende Konkurrenz der potenziellen Nutznießer werden dazu führen, dass eine eng am Förderzweck orientierte Vergabep Praxis auch auf Landesebene gewährleistet wird.

Länderfreundliche Lösungen

Neuntens: Wenn der Charakter des an sich länderfreundlichen Systems der Europäischen Strukturfonds durch schwerfällige und immer kompliziertere Verfahren der Brüsseler Behörden verloren geht, erscheint eine Veränderung des Systems unausweichlich. Die Alternative wäre ein Nettosystem, bei dem die Steuereinnahmen ohne Umweg über Brüssel gleich direkt in den Ländern für entsprechende strukturpolitische Fördermaßnahmen eingesetzt werden.

Die Solidarität unter den Mitgliedstaaten erfordert es, dass im Falle eines solchen Systemwechsels das gegenwärtige System der Strukturförderung durch direkte, weitgehend ungebundene Transferzahlungen nur noch an die schwächeren Mitgliedstaaten und Regionen ersetzt wird. Soweit Regionen nach dem Jahr 2006 keine europäischen Mittel mehr zur Verfügung stehen, muss wenigstens die Möglichkeit einer umfassenderen regionalen Eigenförderung sichergestellt sein.

Rolle der Regionen

Zehntens: Die Länderkompetenzen sind durch den Integrationsprozess unmittelbar berührt, da sich die Entwicklung der

europäischen Integration zunächst ungeachtet der Frage vollzog, ob Hoheitsrechtsübertragungen auf die europäische Ebene Zuständigkeiten des Gesamtstaates oder auch solche der Länder betrafen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften wurden bis in die jüngste Vergangenheit der Integrationsgeschichte als Einheitsstaaten angesehen, deren innerstaatliche Untergliederung grundsätzlich keine Rolle spielte. Hinzu kommt, dass die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen eine bedeutende Funktion bei der Umsetzung europäischen Rechtes haben und zumindest auf europäischer Ebene nicht über genügend Mitsprachemöglichkeiten bei der Vorbereitung und Festlegung europäischer Rechtsetzung verfügen.

Bei der zukünftigen Gestaltung Europas sind die Länder und Regionen keine Gegenspieler der europäischen Institutionen, vielmehr sind sie – vielleicht stärker als diese Institutionen selbst – daran interessiert, die Akzeptanz der EU bei ihren Bürgern zu erhöhen. Wenn wir sehen, dass der Traum Europa nicht im Westen endet, wenn wir die deutsch-französische Freundschaft zu einer *nouvelle entente cordiale* der Ost-Erweiterung machen, wenn wir den Gedanken von Subsidiarität und schlankem Föderalismus umsetzen, wenn mehr Demokratie in Europa Einzug hält, wenn wir die Nationalstaaten nicht aus ihrer Verantwortung entlassen und die Eigenverantwortlichkeit von Regionen stärken, dann bauen wir ein Europa der Bürger, in dem die Idee Europas nicht nur in ihrer ganzen Größe erstrahlt, sondern auch wieder von den Menschen getragen wird. Wir brauchen und wir wollen dieses Europa – für unsere Zukunft und die unserer Kinder.